

Bei der Sammlung von Unterschriften geschummelt?

Vaterschaftsurlaub Zwei Wochen Vaterschaftsurlaub, das sind zwei Wochen zu viel, findet ein siebenköpfiges Komitee aus Vertretern der SVP, FDP, CVP, dem Jungfreisinn und der Jungen SVP. Auch 55 120 Schweizerinnen und Schweizer sind dieser Meinung – so viele Personen haben zumindest das Referendum gegen die vom Parlament angenommene Vorlage unterschrieben. Gestern Mittwoch hat die Bundeskanzlei die Gültigkeit von 54 489 Unterschriften bestätigt. Doch eine Recherche des Westschweizer Fernsehens RTS zeigt, dass die Unterschriftensammler schlecht über den Inhalt der Vorlage informiert waren oder Passanten gar willentlich getäuscht haben.

Reporter der Sendung «Mise au Point» sprachen mit mehreren Personen, die in Lausanne gegen Bezahlung Unterschriften für das Referendum sammelten. «Ich sammle Unterschriften für den Vaterschaftsurlaub», sagte eine Frau. Als der Reporter sie darauf hinwies, dass auf dem Bogen aber «Nein zum teuren Vaterschaftsurlaub» stehe, sagte die Frau, ihr Chef habe ihr gesagt, es sei für den Vaterschaftsurlaub. Kurz vor Ausstrahlung der Sendung nahm die Frau ihre Aussagen zurück. RTS traf auch auf einen Mann, der die Unterschriftenblätter auf seinem Klemmbrett so gefaltet hatte, dass man die wichtigen Informationen nicht sah.

Dass Personen für die Sammlung von Unterschriften bezahlt werden, ist in der Schweiz nicht neu – und es ist ausser im Kanton Genf überall legal. Verschiedene Parteien haben schon Dienste von Firmen in Anspruch genommen, die Leute für die Unterschriftensammlung rekrutieren. Die in Lausanne angetroffenen Sammler sollen gemäss RTS im Auftrag von Incop gearbeitet und pro gesammelte Unterschrift einen Franken erhalten haben.

Franck Tessemo, der Geschäftsführer von Incop, wies die Vorwürfe wegen unlauterer Sammelmethode im Beitrag von RTS zurück. Es handle sich um Einzelfälle. Incop weise seine Sammler immer darauf hin, neutral zu informieren. «Unser Ziel ist es, die direkte Demokratie in der Schweiz zu stärken», so Tessemo. Die Sammelmethode von Incop werfen angesichts des vorliegenden Falls dennoch erneut Fragen auf. Wie CH Media berichtete, sollen Passanten schon beim Referendum gegen die Anti-Rassismus-Strafnorm von Incop-Sammlern getäuscht worden sein.

Ob Incop im aktuellen Fall die Unterschriften im offiziellen Auftrag des Referendumskomitees gegen den Vaterschaftsurlaub gesammelt hat, konnte RTS nicht restlos klären. Die angetroffenen Sammler verwendeten zwar die Blätter des Komitees. Susanne Brunner, Co-Präsidentin des Komitees, wick der mehrmaligen Frage des Reporters, ob sie Incop beauftragt habe, jedoch aus. Sie wiederholte bloss, das Komitee habe die Unterschriften gesammelt.

Gina Bachmann

Schweizer Eritrea-Hilfe harzt

Nur eines der drei Projekte lief bisher wirklich gut. Der Bund will die Unterstützung dennoch fortsetzen.

Maja Briner

Es war unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise, als der Bund 2016 ankündigte: Die Schweiz will wieder Entwicklungsprogramme in Eritrea aufnehmen. Seit Oktober 2017 unterstützt die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) nun drei Projekte zur Berufsbildung in Eritrea. Kürzlich entschied der Bund, das Engagement weiterzuführen. Sechs Millionen Franken sind für drei Jahre budgetiert. Allerdings: Bisher läuft nur ein Projekt wirklich gut. Das zeigt ein externer Evaluationsbericht, den die Deza erstellen liess und den die Redaktion CH Media gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz erhalten hat. Einige Passagen des Dokuments sind geschwärzt.

Als Erfolg kann demnach das Ausbildungszentrum in der Hafenstadt Massawa bezeichnet werden. Dabei handelt es sich um ein Projekt der Eritreischen Gewerkschaft, das durch das private Hilfswerk Suke des umstrittenen eritreischen Honorarkonsuls Toni Locher unterstützt wird. Die Schule bietet mehrere Lehrgänge an, unter anderem in der Metallverarbeitung. Dieses Projekt laufe sehr gut, heisst es im Bericht. Es sei «vermutlich eines der wenigen Projekte im Land überhaupt, von denen dies behauptet werden kann».

Schweiz hat «einen Fuss in der Tür»

Die beiden anderen von der Schweiz unterstützten Projekte sind laut Bericht hingegen teilweise blockiert. Beim Bildungsprogramm der Organisation Don Bosco sei der schulische Bereich gut, erklärt Eduard Gnesa, Mitautor des Berichts und ehemaliger Sonderbotschafter für internationale Migration. «Bei der Berufsbildung aber harzt es», sagt er. Unter anderem habe Eritrea keine Importbewilligung für lokal nicht



Seit drei Jahren unterstützt die Schweiz in Eritrea Berufsbildungsprojekte finanziell (Symbolbild).

Bild: Matilde Gattoni/laif

verfügbare Maschinen erteilt, welche für die Ausbildung der Schreiner notwendig wären. Das dritte Projekt wiederum konnte laut dem Evaluationsbericht nicht wie geplant realisiert werden, weil die Regierung die Aktivitäten der UNO-Organisation UNDP blockierte. «Regierungsnaher Projekte funktionieren besser», sagt Gnesa.

Trotzdem stellt der Bericht dem Bund ein gutes Zeugnis aus: Die Projekte seien so sorgfältig ausgewählt, wie es damals möglich gewesen sei. Insgesamt hätten etwa 2000 Jugendliche und junge Erwachsene von verbesserter Ausbildung profitiert. Und: «Die Schweiz hat in Eritrea einen Fuss in der Tür». Sie habe bedeutend mehr Informationen über die lokale Situation als

2017, sie habe Zugang zu Regierungsstellen und sie habe eine gewisse Vertrauensbasis geschaffen. «Gesamthaft ist die Einschätzung positiv», sagt Gnesa. «Aber allzu grosse Er-

«Regierungsnaher Projekte funktionieren besser.»

Eduard Gnesa
Migrationsexperte

wartungen darf man nicht haben. Von einem Rückübernahmeabkommen etwa ist man weit entfernt.» Trotzdem sei es wichtig, kleine Projekte zu unterstützen. «Die Schweiz muss behutsam vorwärtsgehen, um eine gute migrationspolitische Zusammenarbeit zu erreichen.»

Ob der Bund weiterhin alle drei Projekte unterstützen wird, ist derzeit offen. Das Aussendepartement erklärt, die Modalitäten des Schweizer Engagements müssten noch diskutiert werden. Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge würden nun mit den Partnern besprochen, bevor über das Vorgehen entschieden werde.

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe kritisiert den Entscheid des Bunds, das Engage-

ment fortzuführen. «Bildungsprojekte sind grundsätzlich etwas Gutes, aber im Falle von Eritrea ist fraglich, ob das Geld am richtigen Ort investiert ist», erklärt Sprecherin Eliane Engeler. Denn in Eritrea gebe es kaum eine Privatwirtschaft, die Wirtschaft sei am Boden. Und dass man dadurch auf das Regime einwirken könnte, um etwa bei der Rückführung von abgewiesenen Asylsuchenden eine Lösung zu finden, sei eine Illusion, meint Engeler: «Das diktatorische Regime ist völlig unberechenbar.»

Eduard Gnesa verteidigt das Schweizer Engagement hingegen. «Nichtstun ist keine Alternative», sagt er. Es sei wichtig, Perspektiven für junge Menschen in Eritrea zu schaffen.

Renten: Ruth Humbel greift Arbeitgeberverband an

Neue Präsidentin der Sozialkommission gibt Kompromiss von Gewerkschaften und Arbeitgebern geringe Chancen.

Eine zügige Reform der zweiten Säule der Altersvorsorge wird immer unwahrscheinlicher. Die neue Präsidentin der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) bezeichnet die Erfolgsaussichten des in der Vernehmlassung stehenden Kompromissvorschlags der Sozialpartner als gering. «Wenn am Ende nur die Gewerkschaften, die linken Parteien und die Spitze des Arbeitgeberverbandes dahinterstehen, hat der Vorschlag keine Chance», sagt die Aargauer CVP-Nationalrätin Ruth Humbel. Der Arbeitgeberverband habe im vergangenen Sommer offenbar einer Lösung zugestimmt, die von den eigenen Mitgliederverbänden nicht mitgetragen werde. «Detailhandel, Baumeister, Banken, die Phar-

ma – alle haben sich abgewendet und schlagen ein eigenes Modell vor. Wer steht eigentlich noch hinter dem Kompromiss?»

Humbel ist nicht gut zu sprechen auf den Arbeitgeberverband. Sie sagt, dieselben Verbandsexponenten, die bei der Volksabstimmung zur Altersvorsorge 2020 vor drei Jahren eine Erhöhung der AHV-Rente um monatlich 70 Franken «mit ungläublicher Vehemenz» bekämpft hätten, forderten nun im Rahmen des sozialpartnerschaftlichen Kompromisses einen umlagefinanzierten 200-Franken-Zuschlag in der zweiten Säule. Das sei «unglaubwürdig und irritierend».

Der vorgesehene Rentenzuschlag soll einer Übergangsgeneration von Pensionären zugutekommen. Sie erhielten neu

100 bis 200 Franken zusätzlich pro Monat, damit sie nach der Senkung des Mindestumlageprinzips von 6,8 auf 6 Prozent keine Renteneinbussen erleiden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer würden den Zuschlag gemäss Kompromiss mit einer Abgabe in der Höhe von 0,5 Lohnprozent finanzieren; das Geld würde also wie bei der AHV eingezogen und gleich wieder ausbezahlt – und nicht wie in der zweiten Säule sonst üblich individuell angespart. Umlageverfahren nennt sich das.

CVP ist laut Fraktionschefin Gmür «sehr kritisch»

Ruth Humbel ist mit ihrer Kritik in guter Gesellschaft. Wie die Tamedia-Zeitungen diese Woche berichteten, hat sich die FDP-Fraktion bei einem Semi-

nar am vergangenen Wochenende gegen eine Umlagekomponente in der zweiten Säule ausgesprochen. «Der Kompromiss der Sozialpartner wankt stark», liess sich ein anonymes Fraktionsmitglied zitieren, wobei Fraktionschef Beat Walti betonte, die Vernehmlassungsantwort der FDP sei in Erarbeitung.

Kein Blatt vor den Mund nahm SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi. Für ihn führt der Einzug des Umlageprinzips in der zweiten Säule zu einer «staatlichen Einheitsrente». CVP-Fraktionschefin Andrea Gmür bezeichnete die Haltung ihrer Fraktion als «sehr kritisch».

Der Arbeitgeberverband räumt auf Anfrage ein, es gebe eine Gruppe von vier Mitgliederverbänden, die sich vom Kom-

promiss abgewendet und eigene Modelle vorgeschlagen haben. «Die grosse Mehrheit der 95 Mitgliederverbände steht aber hinter der Lösung», sagt Kommunikationschef Fredy Greuter. Der umlagefinanzierte Rentenzuschlag sei in der zweiten Säule zwar systemfremd, realpolitisch finde in der beruflichen Vorsorge aufgrund des zu hohen Mindestumlageprinzips aber schon heute eine jährliche Umverteilung im Umfang von sieben Milliarden Franken statt, wie aus den Zahlen des Bundesamtes für Sozialversicherungen hervorgehe. Der Verband werde sich jedoch nicht querstellen, wenn das Parlament zum Schluss komme, dass es Anpassungen brauche.

Lorenz Honegger